

BOOK REVIEW

Lucian Giura, Maura Giralдина Giura, OTTO VON BISMARCK – ERSCHAFFER DES MODERNEN DEUTSCHLANDS, TechnoMedia, Sibiu, 2003

Das im Jahre 2003 von Lucian Giura und Maura Giralдина Giura geschriebene Buch, „Otto von Bismarck – Erschaffer des heutigen Deutschlands“ beschreibt das Leben und die politische Karriere des ersten Reichskanzlers.

Das erste Kapitel „Internationale Lage Anfang des XIX. Jahrhunderts“ und das zweite Kapitel „Bismarck – der typisch preußisch Junker“, sprechen über Bismarcks Herkunft, Jugend und Bildung. Bismarck kam aus einer guten Familie: Sein Vater stammte aus einem Junkergeschlecht, und seine Mutter hatte bürgerliche Herkunft.

Bismarck besuchte Schulen, in die hohe Beamten ihre Kinder zu schicken pflegten, wie zum Beispiel das Berlinische Gymnasium zum Grauen Kloster, und studierte Jura an der Universität Göttingen (1832-1833). Sein Studium schloss er an der Universität von Berlin ab. Bismarck zeigte sich nicht von Jura begeistert; der bürokratische Alltag langweilte ihn, aber er war bei seinen Kollegen als ausgesprochen sprachbegabt bekannt.

Aus dem Kapitel drei, „Anfang der politischen und diplomatischen Karriere“ erfahren wir, wie Bismarck seine politische und diplomatische Laufbahn begann. Nach seinem Scheitern bei der Wahl in die preußische Nationalversammlung (1848) gewann Bismarck die Wahl für die zweite Kammer des preußischen Landtages. In dieser Zeit beschloss er, sich ganz der Politik zu widmen und zog mit seiner Familie nach Berlin.

Obwohl Bismarck keine diplomatische Ausbildung besaß, wurde er im August 1851 zum preußischen Gesandten beim Bundestag in Frankfurt ernannt. Bismarck handelte eigenständig und befand sich zeitweise sogar im Gegensatz zur Berliner Regierungspolitik. Im Januar 1859 wurde Bismarck nach Sankt Petersburg versetzt. In der neuen Funktion erweiterte er seine diplomatischen Kenntnisse und erfreute sich des Wohlwollens des russischen Hofes und des Kaiserpaares. Danach wurde Bismarck Gesandter in Paris: Zeit, die ihm als Wartestellung galt, denn er zielte auf höchste Ämter im preußischen Staat ab.

Bismarcks Karriere als „Eiserner Kanzler“ (1862-1871) und die „Gründung des zweiten Reiches“ sind im Kapitel vier beschrieben. Im Jahr 1862 wurde das Parlament aufgelöst und eine neue Regierung gebildet. Die neu gegründete Fortschrittspartei ging als Siegerin hervor. Bismarck hatte die Chance, von General Roon bemerkt zu werden und wurde nach Berlin zurückgerufen. König Wilhelm I. befand sich in Gefahr, abdanken zu müssen, fand aber in Bismarck den Retter für die schwierige politische Lage und ernannte ihn zum Ministerpräsidenten und Außenminister. Bismarck hatte dem König versprochen, sich für die Heeresreform ohne Abstriche einzusetzen und an der inneren Reform festzuhalten, notfalls auch gegen die Mehrheitsbeschlüsse des Abgeordnetenhauses.

Von Anfang an war Bismarck mit einem Verfassungskonflikt konfrontiert. Er überlebte diese politische Krise und dominierte klar die Auseinandersetzung mit den Liberalen. Er versuchte, die Opposition nicht mit Drohungen, sondern mit Ausgleichsbemühungen zu neutralisieren. Oft zitiert wurde die Aussage: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht [...]. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut“.

Im Kapitel fünf beschreiben die Autoren die Außenpolitik des zweiten Reiches, und zwar die drei Kriege mit Dänemark, Österreich und Frankreich.

Im Falle Dänemarks trat Bismarck als Verteidiger des bestehenden Völkerrechts auf und forderte von dem Nachbarland, wieder auf den Boden der Londoner Verträge von 1852

zurückzukehren. Österreich stellte sich an die Seite Preußens. Die übrigen deutschen Bundesstaaten wurden dadurch weiterhin marginalisiert. Für das erste Mal war der Bund von Preußen und Österreich in Frage gestellt worden. Aber nach dem Sieg Preußens an den Düppeler Schanzen im April 1864 wurde Dänemark besiegt und verzichtete auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein. Preußen war stärker als früher.

Gegen Österreich hatte Bismarck andere Interessen: Er stellte fest, dass die österreichische Politik eine Erweiterung der preußischen Macht nicht zuließ und dass ein Krieg mit Österreich den preußischen Verfassungskonflikt beenden konnte. Bismarck setzte den Akzent auf ein Bündnis mit der liberalen und nationalen Bewegung: das Ziel war die Schaffung eines kleindeutschen Staates. In der Gasteiner Konvention kam es im August 1865 zur Teilung: Holstein wurde österreichisch verwaltet, während Schleswig und Lauenburg zu Preußen kamen. So hatte Bismarck die Auseinandersetzung mit Österreich nur aufgeschoben, aber unternahm weiterhin alles, um Österreich zu isolieren und zu provozieren. Erstens brachte Bismarck erneut die Wahl eines direkt gewählten Parlamentes ins Spiel. Zweitens ließ Bismarck, nachdem Österreich die Entscheidung über die Zukunft Schleswig-Holsteins dem Bundestag übertrug, die preußische Armee in Holstein einmarschieren mit dem Argument, dies sei eine Verletzung der Gasteiner Konvention. Preußens Sieg in diesem „Bruderkrieg“ und das nachfolgende Ende des Verfassungskonflikts wurden von den Zeitgenossen als „Revolution von oben“ bezeichnet.

Für Frankreich hatte Bismarck andere Ziele: Im Falle eines Krieges musste Frankreich als Angreifer erscheinen. So konnte Preußen auf einen allgemeinen deutschen Nationalkrieg hoffen. Mit der Emser Depesche hatte Napoleon III. keine andere Wahl, als den Krieg zu erklären und erschien als Aggressor. In Deutschland war die öffentliche Meinung nun ganz auf Seiten Preußens, während Frankreich außenpolitisch völlig isoliert war.

Der Krieg mit Frankreich endete rasch: Infolge der Gefangennahme Napoleons III. bei der Schlacht von Sedan brach das Zweite Kaiserreich zusammen. Ein Friedensschluss ließ auf sich warten, weil Bismarck die Abtretung von Elsass-Lothringen zur Bedingung machte. Von nun an war die dauerhafte Schwächung Frankreichs Bismarcks zentrales außenpolitisches Ziel.

Der Krieg hatte die Gegner der deutschen Vereinigung auch in Süddeutschland in die Defensive gedrängt. Als erstes erklärten Baden und Hessen-Darmstadt ihren Beitritt zum Norddeutschen Bund. Württemberg und Bayern machten den Weg zur Gründung des Deutschen Reiches frei. Bismarck selbst verfasste den „Kaiserbrief“, mit dem Ludwig II. von Bayern Wilhelm I. um die Annahme der Kaiserkrone bat. Wilhelm I. befürchtete einen Bedeutungsverlust des preußischen Königtums, wurde aber von Bismarck überzeugt, den Titel anzunehmen. Nach Bismarcks Empfehlung kam es am 17. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles zur „Kaiserproklamation“, die die Gründung des Deutschen Reiches markierte. Wenige Tage später kapitulierte Paris. Bismarck hatte damit den Höhenpunkt seiner politischen Laufbahn erreicht. Er wurde in den Fürstenstand erhoben, und Wilhelm I. machte ihm den Sachsenwald zum Geschenk. Bismarck gehörte nunmehr zu den Großgrundbesitzern des Reiches und war einer der reichsten Männer in Deutschland.

Als Reichskanzler, Vorsitzender des Bundesrates, preußischer Ministerpräsident und Außenminister blieb Bismarck so der dominierende Politiker. Wilhelm klagte daher: „Es ist nicht leicht, unter solchem Kanzler Kaiser zu sein“.

Im Inneren übernahm das neue Reich die Verfassung des Norddeutschen Bundes. Für die Außenpolitik blieb Bismarcks Grundziel, Frankreich zu schwächen. Um dies zu erreichen, bemühte er sich um gute Beziehungen zu Österreich und zu Russland, ohne dabei eine Seite zu präferieren. Ergebnis dieser Strategie war das Dreikaiserabkommen von 1873. Es war schwierig, die neue Position des Deutschen Reiches auf Kosten Frankreichs zu festigen, wie die von Bismarck provozierte „Krieg-in-Sicht-Krise“ zeigte. Der Versuch, eine deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Frankreich durchzusetzen, scheiterte, und Bismarck zog den Schluss, dass für das Reich eine defensive Politik die einzige realistische Alternative sei. Bismarck entwickelte ein diplomatisches Konzept, das darauf abzielte, die Spannungen zwischen den Großmächten an die Peripherie zu verlagern, um so die Mitte Europas vor Kriegen zu bewahren. Zum ersten Mal zum Tragen kam dieses Konzept bei der Balkankrise zwischen 1875 und 1878, die mit dem Berliner Kongress endete, wobei sich Bismarck als

„ehrlicher Makler“ präsentierte. Zar Alexander II. machte Bismarck dafür verantwortlich, dass Russlands Erfolge eng begrenzt blieben. Dies führte dazu, dass Bismarck die Zusammenarbeit mit Österreich weiter forcierte. Dies wiederum mündete im Zweibundvertrag von 1879. Aus diesem Defensivbündnis gegenüber Russland wurde eine dauerhafte Allianz, die die Außenpolitik während des gesamten Kaiserreichs prägen sollte. Bismarck gelang es aber auch, die Spannungen zwischen Deutschland und Russland abzubauen und 1881 das Dreikaiserbündnis abzuschließen. Damit war eine enge Verbindung Russlands mit Frankreich zunächst verhindert worden. Das Bündnissystem wurde 1882 durch den Dreibund zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, sowie 1883 durch den Anschluss Rumäniens an den Zweibund ergänzt. Das Bismarcksche Bündnissystem sicherte eine zentrale Position des Deutschen Reiches in Europa und zeigte Bismarcks Genie.

Das sechste Kapitel „Bismarck und die Rumänen“ bietet interessante, ausführliche und neue Informationen für die Geschichte der bilateralen Beziehungen Preußen-Rumänien.

Vor 1866 war Bismarcks Interesse für Rumänien gering. Während des Krieges zwischen Österreich und Preußen beabsichtigte Bismarck, die rumänischen Fürstentümer, Moldau und Walachei, Österreich anzubieten, gegen die Bewahrung der Deutschen Konföderation von Preußen. 1866, als Karl I. von Hohenzollern-Sigmaringen die Kandidatur für den rumänischen Thron annahm, liefen Wilhelm I. von Preußen und Bismarck weder zuwider, noch waren sie einig.

1869 wollte die Regierung Ghica-Kogalniceanu einen Wechsel der Betitelung „Vereinigte Fürstentümer“ in Rumänien erreichen. Während Russland, Frankreich und, nach langem Zögern, das Osmanische Imperium, zustimmten, enthielt sich Bismarck einer Meinung.

Die „Erkältung“ der Beziehungen trat wegen der „Strousberg-Affäre“ ein. Es handelt sich um die Konzession der rumänischen Eisenbahn an die Gesellschaft von Henri Strousberg, der in Konkurs geraten war. Der rumänische Staat verweigerte den preußischen Staatsangehörigen die Zahlung der Zinsen, und Bismarck befand sich in der Lage, einem anderen Geschäftsmann die Konzession weiterzuleiten. Das Ergebnis war nicht nach Bismarcks Wunsch. In demselben Jahr, 1871, wollte Karl I. auf seinen Thron verzichten. Die rumänische Öffentlichkeit war stark gegen Preußen und pro Frankreich. Die Eisenbahn-Affäre wurde 1874 und 1880 wieder zur Sprache gebracht. 1872, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, ernannte Rumänien seinen ersten Gesandten nach Berlin, in der Person von Theodor Rosetti. Im Hinblick der Ausrufung von Rumäniens Unabhängigkeit wartete Bismarck das Ende des Krieges ab, der von dem „Balkan-Problem“ verursacht wurde. Als Präsident des Berliner Kongresses lehnte Bismarck jeden Versuch Rumäniens ab, seine Interessen zu verteidigen. Am Ende der Handlungen war Rumäniens Unabhängigkeit anerkannt unter der Voraussetzung einer Verfassungsänderung.

Für Rumäniens Ausrufung zum Königreich spielte Bismarck eine wesentliche Rolle, besonders, weil Rumänien dem Dreikaiserabkommen beitrug.

Bismarcks Politik zeigte, dass er den „Status Quo“ in den Balkanländern erhalten wollte. Dieses Ziel hat Bismarck auch durch Rumäniens Beitrag verwirklicht.

Das letzte Kapitel „Ende des Bismarck-Erbes“ befasst sich mit Bismarcks Entlassung. Die Krönung Wilhelms II. eröffnete ein neues Zeitalter der deutschen Außenpolitik. Wilhelm II. und Bismarck standen sich als zwei ungleiche Persönlichkeiten gegenüber. Bismarck hielt Wilhelm für unreif und wenig vorbereitet auf die Übernahme der Verantwortung. Für Wilhelm dagegen war Bismarck eine nicht mehr zeitgemäße Person. Wegen eines Konfliktes um die Sozialgesetze entzog Kaiser Wilhelm II. dem Kanzler die Unterstützung und erzwang Bismarcks voraussehbare Entlassung.

Bismarck etablierte sich als einer der ersten Berufspolitiker in Preußen und einer der ersten Politiker, der sich zur Realpolitik wendete. Im Lager der Konservativen galt er zunehmend als egoistischer Opportunist. Durch seine politische Tätigkeit bleibt Bismarck eine der größten politischen Figuren des XIX. Jahrhunderts.

Buchkommentierung: *Carmen Patricia Reneti*